Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 9

Artikel: In memoriam einer demokratischen Republik
Autor: Zižka, Jan
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333509

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Diesen Ausführungen von Burckhardt mag beigefügt werden, daß es richtiger wäre, überhaupt nicht von einem Not*recht* zu reden, sondern von einem Not*stand*, der den Bundesrat zu verfassungswidrigem Handeln zwingen kann. Daß ein Notstand vorhanden und die verfassungswidrige Maßnahme zwingend war, beweist dann der Bundesrat dadurch, daß er bei nächster Gelegenheit durch Unterbreitung einer entsprechenden Vorlage die Räte den verfassungsmäßigen Zustand wieder herstellen läßt. Die nun eingerissene Gepflogenheit, verfassungswidrige Erlasse oft lange bestehen zu lassen, ohne den Räten Gelegenheit zu geben, ein entsprechendes Gesetz zu erlassen und die Verfassung wieder herzustellen, ist energisch zu bekämpfen. Sie wird am ehesten verschwinden, wenn man ein Not*recht* nicht anerkennt, wenigstens nicht ein solches, das aus der Verfassung herauszulesen ist, sondern nur einen Not*stand*. Was in einer wirklichen Not getan wird, entschuldigt man, läßt man »straflos«, aber man erhebt die Handlung nicht zu einem *Recht*, das für alle Zukunft gelten soll.

In memoriam einer demokratischen Republik

Von Jan Žižka.

Noch hat ja die Weltgeschichte ihr endgültiges Wort nicht gesprochen, und man darf hoffen, daß Herr Hitler durch die Annexion Böhmens und Mährens den Bogen so weit überspannt hat, daß er von den demokratischen Weltmächten endlich zur Ordnung gerufen werden wird. Eben darum aber ist es vielleicht nicht überflüssig, einen Rückblick auf die Entwicklung der Tschechoslowakischen Republik zu werfen, um die Fehlerquellen zu entdecken, die teilweise den Verfall des Staates und sein vorläufiges Ende mit bewirken halfen. Zwei Prinzipien kämpften bei der Schaffung des Staates miteinander: das historische und das ethnologische. Es mochte die Schöpfer des neuen Staates reizen, die »historischen« Gebiete von Böhmen, Mähren und Schlesien, wie sie unter der österreichischen Kaiserkrone vereinigt waren, ohne Gebietsverluste auch für die neugegründete Republik zu sichern und im Sinne der mit den amerikanischen Landsleuten getroffenen Vereinbarungen auch die bisher der ungarischen Stefanskrone unterstehenden Slowaken und Ruthenen zu befreien. Vom politischen Standpunkt aus war indessen diese Verbindung zweifellos ein Fehler, wie sich später auf das deutlichste erweisen sollte. Denn es waren *zwei* Welten, die hier in *einen* Staatsverband zusammengedrängt wurden und neben- und miteinander leben sollten. Der »historische« Teil der Republik hatte Anteil genommen an dem ungeheuren kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahrhunderts, war zu einem integrierenden Bestandteil des europäischen Kulturlebens geworden. Der slowakische und gar der ruthenische Teil aber lebten in einem Kulturkreis, der sich kaum allzu sehr von jenem des Ausgangs des acht-

zehnten Jahrhunderts unterschied. Dort trotz aller nationalen Benachteiligung durch die Monarchie ein ausgebautes Schulwesen, eine ausgeprägte Musik und Literatur, hier der schwärzeste Analphabetismus, ja kaum eine wirklich vorhandene Muttersprache, die erst in mühevoller Arbeit im neugewonnenen Staate gesucht und geschaffen werden mußte. Hatten die Ideen eines Herder sogleich Eingang gefunden, besonders in das geistig aufgeschlossene Gebiet Böhmens mit seinen alten Kulturfundamenten, die auf einem reichen Erbe ruhten noch von des Comenius Zeiten her, dem tschechischen Volke vermittelt durch die nationalen Aufklärer Rieger und Palacky, so lebte der slowakische Zweig durch die Jahrhunderte im tiefsten nationalen Dunkel. Entfalteten um die Jahrhundertmitte schon die historischen Gebiete ein lebhaftes politisches Leben — im vergangenen Jahre hat die tschechische Sozialdemokratie die Feier ihres sechzigjährigen Bestandes begangen — gab es hier schon in Verbindung mit der österreichischen Arbeiterbewegung die ersten Ansätze eines Kampfes um den sozialpolitischen Schutz der Arbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit, Sicherung eines entsprechenden Lohnniveaus, aber auch nach nationaler und politischer Gleichberechtigung, so bot der ungarische Absolutismus den Slowaken keinerlei Raum für solche Bestrebungen.

Dazu kam, daß die böhmischen Gebiete nicht nur stärksten Anteil nahmen am industriellen Aufschwung der cisleithanischen Hälfte der Monarchie, sondern geradezu führend wurden in der Schaffung einer Großindustrie. Wirtschaftlich waren hier die besten Voraussetzungen gegeben: die Steinkohlenbasis des Ostrauer und Karwiner Beckens im nordostmährischen und ostschlesischen Gebiet führte schon vor mehr als hundert Jahren zur Gründung der Witkowitzer Kohlenbergbau- und Eisenwerksgesellschaft, die sich im Besitz der Rothschild und Guttmann erhielt und mit ihren zuletzt 22 000 Arbeitern zum größten schwerindustriellen Betrieb der Republik überhaupt wurde. In Nordwestböhmen wieder entstand im Gebiete zwischen Eger und Außig, aufgebaut auf den Braunkohlenlagern, eine reiche Glas-, Porzellan- und Keramindustrie, der sich im Laufe der Zeit die Maschinenindustrie als Hilfsindustrie für die Ergänzung und Erhaltung des Maschinenparks dieser Hauptindustrien angliederte. Der natürliche Flußlauf der Elbe wieder bewirkte die Ansiedlung einer typischen Export-, nämlich der Zuckerindustrie, welche ihre Produkte direkt in die Elbekähne verlud und auf dem billigsten Wege nach Deutschland und England schaffte. In Nordböhmen, im Gebiete von Reichenberg und Tannwald, entstand unter Ausnützung der Not der dortigen Gebirgsbevölkerung bei niedrigsten Löhnen die Textilindustrie, welche die ganze Monarchie mit ihren Produkten, vor allem mit Tuch, aber auch mit Baumwollwaren, versorgte. Die Wasserkraft der Gebirgsbäche diente der Anlegung von Manufaktureien der Glasindustrie, welche auch die Heimarbeit zu Hilfe nahm: die weltberühmte Gablonzer Glas- und Schmuckindustrie nahm hier ihren Anfang. Später wurden die Steinkohlenlager und Kladno und Rakonitz-Pilsen ausgenützt und Industriekolosse wie die Skodawerke, die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft und die Poldi-

hütte wurden gegründet und ausgebaut, mit ihren Produkten sehr rasch Weltruhm erringend. Auch nach Prag selbst griff die Industrialisierung über, die Böhmisch-Mährische Maschinenfabrik, welche nach dem Kriege die vordem weltberühmten Breitfeld-Danek und Rustonwerke, ebenso wie die Firma Kolben aufsaugte, begründete hier eine industrielle Tradition, welcher sich die Ringhofferwerke anschlossen. Man hat es sich allzusehr angewöhnt, die Skodawerke nur vom Aspekt der Rüstungsproduktion zu betrachten. Nicht minder bedeutend aber war ihre Friedensproduktion. Kaum eine Zuckerfabrik in England und Irland, die nicht von Skoda eingerichtet wäre, ebenso große Mühlenwerke und Spiritusfabriken. Ihre Lokomotiven laufen über alle Kontinente, in Südafrika sowohl wie in China und Iran, Indien und Aegypten, ebenso wie die Waggons von Ringhoffer. Die größten Schiffe der Welt wie die »Normandie« sind mit Schiffsschrauben und Steven von Skoda ausgerüstet, Poldistahl wird in Motoren von Rolls Royce, Isotta-Fraschini und Hispano-Suiza verwendet, große Generatoren und elektrotechnische Maschinen der Böhmisch-Mährischen Maschinenfabrik oder der Skodawerke sind überall zu finden, wo es Maschinenanlagen aufzustellen galt, von Island bis Australien, vom Kongo nach Sibirien. So kam der intelligente tschechische Arbeiter in der ganzen Welt herum und kaum ein Staat, wo sich nicht auch Tschechen befänden. Als Monteure, als Handwerker, als Geschäftsleute sind sie überall zu Kolonien zusammengeschlossen, und in den Vereinigten Staaten gibt es ihrer nicht weniger als eineinhalb Millionen, in Frankreich 45 000, in der Schweiz 4000, nicht weniger in England, während ihre Zahl in Rußland in die Hunderttausende geht. Insgesamt rechnet man die Zahl der Auslands-Tschechen und -Slowaken mit etwas über fünf Millionen, das sind nahezu 50 Prozent der im Mutterlande wohnenden.

Gegenüber dieser weitgehenden Industrialisierung der böhmischen Gebiete blieb die Slowakei weit zurück. Einen einzigen Großbetrieb hatte die ungarische Regierung hier errichtet: die staatlichen Eisenwerke von Podbrezova, die sich auf die Eisenerzvorkommen von Rudnik und Zelenik stützten, welche man in Tisovec verhüttete. Dann gab es noch die Kohlengruben von Handlova, kleinere Gold-, Silber-, Kupfer- und Antimongruben in der Zentral- und Ostslowakei sowie einige Textilfabriken und die staatliche Münze in Kremnitz (im Anschluß an die Goldgewinnung von Schemnitz, die aber bei weitem nicht ausreichte) und schließlich eine schwach entwickelte Emailindustrie. Der Lebensstandard des slowakischen Arbeiters war immer tief unter jenem des Industriearbeiters aus den historischen Ländern, damit aber auch sein geistiger Horizont und sein kulturelles Interesse. Der landwirtschaftliche Arbeiter gar, dessen Los auch in den böhmischen Gebieten kein beneidenswertes zu nennen war, lebte auf einer Stufe, die ihn zum gefürchteten Lohndrücker seiner Arbeitskollegen in Österreich und Deutschland, später auch in Böhmen, ja selbst in Ungarn machte.

Noch schlimmer war die Lage des karpathorussischen Waldarbeiters, der beinahe wie ein Höriger oder Leibeigener auf den Latifundien der Grafen Schönborn sein Leben fristete — nach vollzogener Bodenreform

war es die Wald- und Forstgesellschaft Latorica, wo Schweizer Kapital eine hervorragende Rolle spielte, ohne daß die Unterdrückung gemildert worden wäre — und für den ein Barbetrag von fünf Kronen, kaum ein Franken, ein beinahe unvorstellbares Vermögen bedeutete. Iwan Olbracht, einer der bedeutendsten neuzeitlichen tschechischen Schriftsteller, hat Leben und Not dieser Menschen besonders eindringlich in seinem Räuberroman »Nikola Schuhaj« geschildert.

Nur zur Illustration, wie verheerend die Nähe des sozial rückständigen ungarischen Gebietes auf das ganze Lebensniveau der slowakischen Arbeiter wirkte, ein Beispiel aus der großen, etwa 2500 Arbeiter, Arbeiterinnen und Kinder beschäftigenden Emailfabrik Sphinx in Filakovo, das nach dem September von Ungarn besetzt wurde. Hier waren allen gesetzlichen Vorschriften zum Trotz Hunderte magyarische Schulkinder — aus Ungarn über die Grenze gekommen! — unter den menschenunwürdigsten Verhältnissen zehn Stunden und mehr im Tag beschäftigt, wobei ihr *Tages*verdienst eine bis zwei Kronen, 15 bis 30 Rappen, betrug. Dazu erhielten sie eine miserable Verköstigung und schliefen ohne Unterschied des Geschlechts in elenden Baracken auf dem Fußboden. Für die Arbeiterschaft der übrigen Emailwerke sowohl in der Slowakei wie in den historischen Ländern bildeten diese unvorstellbaren Arbeitsbedingungen eine äußerst schädliche Konkurrenz, der sie mit allen möglichen Mitteln entgegentraten, sogar unter Anrufung des Eisenbahnministeriums, damit es Dumpingtarife gegen dieses Werk einführe, was zeitweise auch geschah. Alle Versuche scheiterten aber bis in die letzte Zeit an der Indolenz der in Betracht kommenden Arbeiterschichten, die vielfach dem Alkohol ergeben, nur ganz geringe Lebensansprüche stellten, hie und da zwar unter gewerkschaftlicher Führung zu einem Besserungsversuch ansetzten, ohne jedoch die Beharrlichkeit zu haben, in ihm auszuharren, wenn er nicht sogleich zur Erfüllung der immer übertriebenen Hoffnungen und Erwartungen führte. Ein systematischer Kampf um die Einführung geregelter Arbeits- und Lohnverhältnisse war in diesen Gebieten völlig undenkbar. Am besten wird man ihre Situation verstehen, wenn man Engels »Lage der arbeitenden Klassen in England« am Anbeginn der englischen Industrialisierung liest.

Diese zwei völlig heterogenen Elemente, diese absolut verschiedenen Kultur- und Lebenskreise waren nun in *einem* Staate vereinigt. Man darf heute ruhig zugeben, daß das Experiment, in zwei oder drei Jahrzehnten Entwicklungsstufen von einigen Jahrhunderten überspringen zu wollen, gescheitert ist. Gerade diese Verschiedenartigkeit aber sollte sich später als das entscheidende Dynamit erweisen, welches den Staat in seinem Gefüge zersprengte. Es war wohl nicht absolut das wirtschaftliche Moment, das hier die größte Rolle spielte. Schließlich ist der Unterschied zwischen einem relativ gut bezahlten Qualitätsarbeiter und einem Bankdirektor mindestens so groß wie der im Vorstehenden geschilderte Unterschied der Lebenslage der breiten Masse in den historischen Ländern und in der Slowakei oder in Karpathorußland. Die Gefahr lag vielmehr in der Ableitung des sozialen Inter-

esses zum nationalen, weil hier nicht das individuelle Privileg, sondern der offensichtliche wirtschaftliche Vorteil eines Ganzen in Erscheinung trat, zum zweiten aber auf moralischem Gebiete, indem bei vielen Angehörigen des slowakischen Volksteils durch die jahrhundertelange Unterdrückung alle typischen schlechten Eigenschaften des Sklavensinnes gezüchtet worden waren: Verschlagenheit, Falschheit, Hang zum Betrug, zu leichtem Gewinn ohne eigene Arbeit.

Die historischen Länder schöpften besonders in der ersten Nachkriegskonjunktur aus dem Vollen. Die Überschüsse der Zuckerproduktion erwiesen sich als »weißes Gold«, das auf den Weltmärkten mit großem Gewinn abgesetzt werden konnte, ebenso wie das »schwarze Gold« der Kohle, die um teures Geld nach Österreich und in die benachbarten Gebiete Deutschlands exportiert wurde, welches unter seiner durch ständige innerpolitische Wirren bewirkten Produktionszerrüttung litt. Textilwaren und Glas wurden ausgeführt, Maschinen und Eisen, später, als Bata festen Fuß faßte, auch Schuhe. Ausfuhrüberschüsse von zwanzig Milliarden Kronen im Jahr wurden nahezu zur Selbstverständlichkeit, die Arbeiter verdienten, die Republik investierte aus dem Goldstrom, der für die geleistete Arbeit ins Land floß.

Wie und wo investierte sie? Sie hat sich nicht darauf eingelassen, Prunkgebäude zu errichten. Erst langsam und im Laufe der späteren Jahre ging man daran, Ministerialgebäude zu errichten, die bescheidener sein konnten, ohne daß sie freilich jemals die Ausmaße gewisser Reichskanzleien erreicht hätten. Besaß doch die Tschechoslowakei bis in die letzten Tage ihres Bestehens nicht einmal ein eigenes Parlamentsgebäude und brachte ihre Abgeordnetenkammer in einem Hause unter, welches vordem als Gemäldegalerie gedient hatte, ihren Senat in den völlig unzweckmäßigen alten Räumen des früheren böhmischen Landtages, der infolge der deutschen Obstruktion jahrelang nicht zusammengetreten war. Nein, die Republik Masaryks blieb den Ideen getreu, aus denen heraus sie entstanden war. Es wird ein bleibender Stolz dieses nicht nur um seine wirtschaftliche, sondern auch um seine geistige Freiheit ringenden Volkes bleiben, daß es in erster Linie daran ging, sein *Schulwesen* in Ordnung zu bringen. Wo immer man heute in ein Dorf des ehemaligen tschechoslowakischen Staatsgebietes kommt, stets wird es die *Schule* sein, die das prunkvollste Gebäude des Ortes darstellt. Es ist daraus viel böses Blut erwachsen. Denn der wiedergewonnene und erstarkte nationale Geist trug natürlich das Bildungsbewußtsein in erster Linie in die national bedrohten Gebiete. So entstanden mächtige Schulgebäude, Volksschulen, Bürgerschulen, Mittelschulen aller Art, vor allem in den gemischtsprachigen Randbezirken. Man hat daraus den Vorwurf konstruiert, als ob damit gewaltsame Entnationalisierungstendenzen verbunden gewesen wären. Jede Schulstatistik der Tschechoslowakei beweist indessen, daß der Schulanteil der verschiedenen Nationen, welche den gemeinsamen Staat bewohnten, ein gleichmäßiger war und daß wenn zunächst mehr tschechische als deutsche Schulen gebaut wurden, damit nur der unbestreitbare Vorsprung des deutschen Schulwesens aus der Monarchie ausgeglichen

werden sollte. Später sind auch viele neue und moderne deutsche Schulen gebaut worden. Übrigens hat die Republik nie das deutsche Übergewicht auf dem Gebiete des technischen Schulwesens beseitigt — obwohl es nicht an chauvinistischen Versuchen dazu gefehlt hat, die aber von den meist sozialistischen Schulministern immer abgewehrt wurden — und das besonders darin zum Ausdruck kam, daß die Deutschen zwei technische Hochschulen, eine in Prag und eine in Brünn, hatten, während die Tschechen nur über eine in Prag verfügten. Dieser Zustand dauert auch heute noch an, obwohl sieben Millionen Tschechen nur rund 200 000 Deutsche gegenüberstehen.

Zur kulturellen Großtat steigerte sich aber die tschechoslowakische Schulpolitik in der Slowakei. Hier mußte ja nachgeholt werden, was durch viele Jahrzehnte versäumt worden war. Die österreichische Hälfte der Monarchie war mit ihrem Völkergemisch — Deutsche, Tschechen, Polen, Italiener, Bosnier, Dalmatiner, Kroaten, Slowenen, unter denen die Deutschen in der Minderheit waren— nach dem Erwachen des Nationalbewußtseins der in ihr vereinigten Stämme nie mehr in der Lage gewesen, deren nationale Entwicklung zu hemmen. An Versuchen dazu hat es ja nie gefehlt, aber sie gingen immer mehr von den peripheren Elementen aus — zum Beispiel sehr stark von den Sudetendeutschen — als von der Zentralregierung. Übrigens war diese labile Nationalpolitik ein nicht unwesentlicher Bestandteil des »divide et impera«, aus dem letztlich die ganze österreichische Regierungskunst bestand. Das nationale Dasein des tschechischen Volkes war somit auch im Rahmen der Monarchie gesichert, und es spricht ja übrigens für die unbesiegbare Vitalität dieses am weitesten nach Westen vorgeschobenen Zweiges der slawischen Rasse, daß er, eingeklammert in die Zange der ihn umgebenden germanischen Völkerschaften, seine Eigenart durch mehr als ein volles Jahrtausend zu bewahren vermochte.

Ganz anders die Slowaken. Sie, die den gewalttätigen Entnationalisierungsmaßnahmen der magyarischen Gentry ausgesetzt waren, fanden als Volk trotz der gemeinsamen Grenze mit den tschechischen Volksgenossen, die noch durch den Übergang über jenes mährisch-slowakische Gebiet, dem Masaryk entstammte, erleichtert war, keine Beziehungen, welche in den tschechischen Kulturkreis hineingereicht hätten. Zwar gab es auch da verschiedentliche Versuche, die beiden Stämme näher aneinander zu bringen, und Masaryk selbst war einer der Vorkämpfer der engeren Geistes-, und man darf sagen, auch Sprachgemeinschaft. Der große nationale Dichter der Slowaken, Kollar, ward sich in seinen slawischen Gesängen der Zusammengehörigkeit von Tschechen und Slowaken wohl bewußt und suchte den Weg über die Beskiden und die weißen Karpathen hinüber in das mährische und böhmische Land. Doch ist diese Gemeinschaft nie über enge literarische Zirkel hinausgediehen und war beispielsweise sicherlich loser als jene der tschechischen Literatur mit den Russen, ja selbst mit den Serben und Kroaten. Gab es bis zum Jahre 1914 keine weiterreichenden kulturellen Berührungspunkte, so schon gar nicht eine politische Zusammenarbeit. Erst während des Krieges, am 1. Mai 1918, erklärten in Liptavsky Svaty Mi-

kulasch die unter Führung eines slowakischen liberalen Intellektuellen Dr. Schrobar und einiger der wenigen slowakischen Sozialdemokraten versammelten slowakischen Arbeiter, daß sie gewillt seien, gemeinsam mit ihren tschechischen Brüdern einen Staat aufzubauen. Ein Vergleich der politischen Reife der tschechischen und slowakischen Arbeiter ist aber zu diesem Zeitpunkt unmöglich: während jene als vollberechtigter Teil der tschechischen politischen Intelligenz aktivsten Anteil nahmen an der kurz darauf vorbereiteten Schaffung des Staates, sind diese vorläufig nur Objekt des politischen Geschehens, dem die politische Freiheit in den Schoß fällt, als Geschenk, mit dem sie zunächst gar nichts anzufangen wissen. In Böhmen stehen *Habrman*, ein Schreiner, *Hapl*, ein Metallarbeiter, *Nemec*, ein Buchdrucker, *Tusar*, ein Handelsangestellter, Dr. *Soukup*, ein Jurist, an der Spitze der Arbeiterbewegung; in der Slowakei gibt es nur zwei Intellektuelle, die noch auf Jahre hinaus die einzigen Sprecher der slowakischen Arbeiter sein werden: Dr. *Derer* und Dr. *Markowitsch*, deren politische Bedeutung aber im Augenblick der Staatsgründung weit hinter jener der tschechischen Arbeiterführer zurücksteht.

In Karpathorußland, dem östlichen Teil der Republik, der ebenfalls früher zu Ungarn gehört hatte, gab es zu jener Zeit überhaupt noch nichts, was mit der modernen Arbeiterbewegung verglichen werden konnte. Dabei erhielt dieses Gebiet schon durch den Friedensvertrag und auf Grund einer Abmachung zwischen Vertretern des ruthenischen Nationalrates in Amerika und den Vertretern der provisorischen tschechoslowakischen Nationalregierung ein Sonderstatut, wonach es als föderativer Bestandteil der Republik anerkannt wurde und die Autonomie mit eigenem Landtag und einem Gouverneur an der Spitze zugebilligt erhielt. Freilich zeigte es sich bald, daß diese weitgehende Selbstverwaltung unmöglich war, nachdem das Land nicht über die notwendigen Verwaltungskräfte verfügte, überdies auch durch nationale Spannungen zwischen Großrussen und ruthenischen Ukrainern in der konstruktiven Arbeit stark behindert war. Auf die Großrussen, welche den wohlhabenderen Teil der Bevölkerung bildeten, reichere Bauern sowie ein Großteil der Intelligenz stützte sich hier die im Staate herrschende Agrarpartei, während die Sozialdemokratie die ukrainische Richtung vertrat, welcher das besitzlose Landproletariat, die Huzulen angehörten. Einen starken Einfluß übten infolge der mangelhaften Schulung auch die Kommunisten aus, und in der ersten Wahlperiode gelang es ihnen sogar, alle sechs Abgeordnetenmandate, welche das Land zu besetzen hatte, für sich zu gewinnen. Es bedurfte dann erst großer Rechenkünste in Verbindung mit den Reststimmen aus den übrigen Teilen der Republik, um wenigstens ein Mandat für die Agrarpartei in Anspruch nehmen zu können.

Freilich kam dieser kommunistische Wahlerfolg auf sehr sonderbare Weise zustande, welche auch die Rückständigkeit der Bevölkerung dieser Gebiete veranschaulicht. Die Kommunisten beriefen nämlich ihre Wählerversammlungen in der Art ein, daß sie dort einen oder

zwei »Landvermesser« vorstellten, welche mit den Leuten über die Felder gingen und für jeden jenes Stück Land absteckten, das er nach dem kommunistischen Wahlsieg erhalten sollte. Die Enttäuschung war natürlich groß, als durch die Bodenreform nur der geringste Teil der Illusionen erfüllt werden konnte. Bei den nächsten Wahlen gewannen daher wieder die Agrarier fünf Mandate, nachdem sie denselben Trick wiederholten, jedoch so, daß sie in den Versammlungen jedem Huzulen ein Paar Stiefel anmessen ließen, welche die Leute natürlich auch nie bekamen.

Das Schulwesen mußte in diesem von den Ungarn völlig vernachlässigten Gebiet von Grund auf aufgebaut werden, wobei man sich freilich nicht nur auf russische und tschechische Schulen beschränken konnte, sondern auch magyarische, rumänische und jüdische Schulen einzurichten hatte, ja, in der Hauptstadt Ungvar wurde sogar eine Zigeunerschule begründet, die ziemlich erfolgreich arbeitete. Nur die Ruthenen wurden auch hier stark benachteiligt, so daß sie ihre Kinder lieber in tschechische als in russsische Schulen schickten.

Man kann nicht verhehlen, daß die erste Republik trotz allen demokratischen Grundsätzen, welchen sie selbst in einer Zeit treu blieb, wo ringsum schon die Diktaturen herrschten, auch schwere Fehler in ihrer Nationalitätenpolitik begangen hat. Der Sozialdemokratie war es klar, daß man die 3½ Millionen Deutschen, die 2½ Millionen Slowaken und die ¾ Millionen Ungarn nicht nur mit zentralistischen Methoden beherrschen konnte. Gerade die Tschechen, die jahrzehntelang gegen den österreichischen Zentralismus angekämpft hatten, mußten die verheerenden psychologischen Auswirkungen kennen, die ein solches Verwaltungssystem auf die Angehörigen anderer Nationen als der herrschenden ausübt. Trotz wiederholten Warnungen und nachdrücklichst erhobenen Forderungen besonders der deutschen Sozialdemokratie, die ja eine eigene Partei bildete, konnte hier jedoch keine Änderung erzielt werden. Die tschechische Sozialdemokratie beantragte sodann die Einrichtung eines Gausystems, welches die großen Verwaltungseinheiten der Länder Böhmen, Mähren, Schlesien, Slowakei und Karpathorußland aufheben und durch 23 Gaue mit weitgehender Selbstverwaltung ersetzen sollte. Sogleich erhob sich jedoch ein heftiger Kampf um die Festlegung der Gaugrenzen, um eine nichttschechische Mehrheit zu verhindern. Hier wurde Nationalitätengeometrie übelster Art getrieben, und als schließlich das Gesetz beschlossen war, welches zwei deutsche Gaue — Karlsbad und Böhmisch-Leipa — vorsah, in denen jedoch überall starke tschechische Minderheiten mitvertreten waren, während rund zwei Millionen Deutsche in die tschechischen Gaue einbezogen wurden, konnte es niemand befriedigen. Es wurde denn auch nie verwirklicht, obwohl eine vernünftige Dezentralisierung mit Gewährung entsprechender Autonomierechte an die deutsche Bevölkerung viel von jenen Schwierigkeiten hätte beseitigen können, die sich dann in den Jahren 1935 bis 1938 ergaben. Ja, trotz vielen Versprechungen waren die Deutschen nicht einmal in der Lage, eine eigene Schulautonomie zu erlangen, um sich ihr Schulwesen selbst verwalten zu können. Das

einzige, wozu man sich herbeiließ, war die Schaffung einer deutschen Sektion bei den Landesschulräten von Böhmen und Mähren. Der 1925 bis 1929 regierende Bürgerblock setzte dann noch eine wesentlich verschlechterte Verwaltungsreform durch, welche die Selbstverwaltung in den Ländern und Bezirken praktisch aufhob und sie durch die von der Zentralregierung ernannte Bürokratie ersetzte. In die Landes- und Bezirksvertretungen wurden nur zwei Drittel der Vertreter von der Bürgerschaft gewählt, während das restliche Drittel von der Regierung aus »Fachleuten« ergänzt wurde. Praktisch wurde die Sache aber so gehandhabt, daß die bürgerlichen Vertretungen durch diese Ernennungen auf Kosten der Arbeiterschaft gestärkt wurden, so daß oft eine Mehrheitsvertretung der Arbeiter zur Minderheit wurde. Viel Schuld traf hier freilich auch die Kommunisten, mit denen leider während der ganzen Zeit des Bestehens der Republik keine Zusammenarbeit möglich war. Die Ernennungspraxis wandte sich hauptsächlich gegen sie sowie gegen die oppositionellen Deutschen, was natürlich keineswegs zur Beruhigung der nationalen Leidenschaften beitrug. Viel böses Blut schuf auch ein Ausspruch des ersten Finanzministers der Republik, Raschins, welcher an die Adresse der Deutschen erklärte: »Mit Rebellen verhandeln wir nicht!«, weil diese in den ersten Monaten des Bestehens der Republik bis zum 4. März 1919 auf einer Vereinigung mit dem Deutschen Reiche beharrten und eine eigene Landesregierung bildeten, die dann nach der Besetzung dieser Gebiete durch tschechoslowakische Truppen nach Dresden flüchtete. Die Nationaldemokraten, welchen Raschin angehörte und an deren Spitze der zweifellos fähige, aber eigensinnige und in seiner Eigenliebe verletzte Kramarsch stand, verschärften dann diesen unvernünftigen Standpunkt noch durch die Erklärung: »Die Deutschen in die Regierung — wir in die Revolution!« Das hat freilich das tschechische Bürgertum nicht gehindert, nach der Niederlage der Sozialdemokratie im Jahre 1925 allsogleich die deutschen Agrarier und Christlichsozialen in die erste und einzige Bürgerblockregierung der ersten Republik aufzunehmen — unter Mitwirkung der Nationaldemokraten. Erst der Wahlsieg vom Jahre 1929 brachte dann auch die deutsche Sozialdemokratie in die Regierung, welcher sie bis Anfang 1938 ständig angehörte.

Objektiv ist zu sagen, daß trotz allen nationalen Differenzen die Sudetendeutschen nicht zu Deutschland wollten, und wenn zwei Gebiete durch ihre ganze Wirtschaft, Kultur und Entwicklung zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt waren, so sind es eben die historischen Gebiete Böhmens und Mährens gewesen. Mit einer nur etwas vernünftigeren Politik hätte man das Zusammengehörigkeitsgefühl dieser seit Jahrhunderten auf gemeinsamem Boden lebenden Völker so gestärkt, daß es vielleicht auch dem Ansturm der Naziideologie hätte widerstehen können, ähnlich, wie ihr das Schweizervolk widersteht. Wahrscheinlich ist dies freilich bei der besonderen Geisteshaltung des sudetendeutschen Bürgertums, welches sich nie durch einen besonderen politischen Instinkt auszeichnet, nicht. Gemessen an der Lage der nationalen Minderheiten in andern Ländern, so etwa in Polen, Ungarn,

Rumänien, Jugoslawien oder Italien, war das Schicksal des Sudetendeutschtums ein durchaus erträgliches und niemand behinderte es an seinem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg, dessen es auch in den zwanzig Jahren des Bestandes der Republik in weitestgehendem Maße teilhaft wurde.

Absperrung des Weltarbeitsmarktes

Von H. Fehlinger.

Ungefähr ein Jahrhundert hindurch, vom Ende der Napoleonskriege bis zum Ausbruch des Weltkrieges, sind die Wanderungen von Arbeitskräften nirgends ernsthaft gehemmt worden. Die gesetzlichen Beschränkungen der Einwanderung, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten von Amerika und einigen britischen Überseeländern erlassen wurden, bezweckten hauptsächlich die Fernhaltung solcher Ausländer, die in gesundheitlicher oder sittlicher Hinsicht unerwünscht oder nicht imstande schienen, ihren Lebensunterhalt erwerben zu können. Selbst die gegen die Zulassung von Asiaten gerichteten Gesetze derselben Länder entsprangen nicht in erster Linie Erwägungen arbeitsmarktpolitischer Art. Erst nach dem Weltkrieg wurden unter Berufung darauf, daß der einheimische Arbeitsmarkt des Schutzes gegen den Wettbewerb ausländischer Arbeiter bedarf, überall in Europa und in den Überseeländern, die für europäische Niederlassung geeignet sind, weitgehende Beschränkungen der Freizügigkeit der Arbeiterwanderungen verfügt. Die treibenden Kräfte, welche die Abkehr vom Grundsatz der Freizügigkeit bewirkten, waren der infolge des Krieges erstarkte Nationalismus und die monopolistischen Tendenzen, die nach dem Krieg auch bei den Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten in Europa zur Geltung kamen. Die Gewerkschaften in Amerika und andern Überseeländern haben schon in der Vorkriegszeit die Aufhebung der Auswanderungsfreiheit gefordert, ohne sich bewußt zu werden, daß damit eine der wichtigsten Voraussetzungen der fortschreitenden wirtschaftlichen Erschließung ihrer Länder beseitigt werden würde.

Der im Jahre 1926 abgehaltene gemeinsame Wanderungskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Internationale sprach sich zugunsten von Beschränkungen zum Schutze der nationalen Arbeitskraft aus. Dieser Standpunkt wurde durch die bald darauf ausgebrochene Wirtschaftskrise gefestigt, hat aber heute keine Berechtigung mehr — wenn er überhaupt jemals eine besaß.

In den Vereinigten Staaten von Amerika, die früher den größten Teil der europäischen Überschußbevölkerung aufgenommen haben, hatte nach Kriegsende der Gedanke der Isolierung von Europa einen starken Anhang gewonnen, und es waren jetzt nicht mehr allein die Gewerkschaften, sondern viel weitere Kreise, die eine starke Beschränkung der Einwanderung verlangten. Die Beschränkung wurde denn auch bald Wirklichkeit. Mit Gesetz von 1921 wurde die Zahl der jährlich